

Auskünfte: Annette Sohler, T +43 5574 4951 52215, 4. Stock, Zimmer Nr. 426

Zahl: BHBR-II-4101-19/2026-24

Bregenz, am 11.08.2026

KUNDMACHUNG

Der Bau-Trans-Gesellschaft m.b.H., Lauterach, wurden mit Bescheid der Bezirkshauptmannschaft Bregenz vom 23.07.2009, ZI BHBR-II-1301-2008/0207, die gewerbebehördliche Betriebsanlagengenehmigung und eine bis 01.07.2012 befristete Bewilligung nach dem Baugesetz für die Errichtung von Bürocontainern auf Gst Nr 934, KG Lauterach, an der Ostseite des bestehenden Betriebsgebäudes, erteilt.

In weiterer Folge erhielt die Felbermayr Transport- und Hebetechnik GmbH & Co KG, Lauterach, mit mündlich verkündetem Bescheid der Bezirkshauptmannschaft Bregenz vom 26.05.2026, ZI BHBR-II-4101-19/2026-14, die (unbefristete) Baubewilligung für die Errichtung eines Bürocontainers auf Gst 934, KG Lauterach, an der Gemeindegrenze zu Wolfurt.

Die Heizung des Bürocontainers erfolgt über ein bivalentes Heizsystem, das aus einer Luft-Wärmepumpe als Hauptsystem und energieeffizienten Infrarot-Heizpaneelen als Zusatz- bzw Spitzenlastheizsystem besteht. Das System wird auch zur Klimatisierung verwendet.

Das Klimagerät wurde vor ca 7 bis 8 Jahren installiert und besteht aus zwei Außengeräten. Ein Klimagerät wurde südseitig unter der Fluchttreppe aufgestellt. Ein weiteres Klimagerät wurde nordseitig an der Fassade im Obergeschoss angebracht.

Das Klimagerät ist – wie oben angeführt – von der Baubewilligung vom 26.05.2026 umfasst, eine gewerbebehördliche Betriebsanlagengenehmigung hierfür liegt jedoch nicht vor.

Aus diesem Grund hat die Felbermayr Transport- und Hebetechnik GmbH & Co KG, Lauterach, mit Eingabe vom 27.07.2026 um die gewerbebehördliche Betriebsanlagengenehmigung für die Änderung des bestehenden Betriebsgebäudes durch Errichtung und Betrieb eines Klimagerätes beim Bürocontainer auf Gst 934, KG Lauterach, an der Gemeindegrenze zu Wolfurt, nach Maßgabe der eingereichten Plan- und Beschreibungsunterlagen vom Juli 2026 angesucht.

Über dieses Ansuchen wird eine mündliche Verhandlung auf

Donnerstag, 3. September 2026

mit der Zusammenkunft der Teilnehmer um

11 Uhr an Ort und Stelle (Eingang Bürocontainer)

anberaumt.

Weitere Informationen:

Die Plan- und Beschreibungsunterlagen liegen bis zum Verhandlungstag zur Einsichtnahme auf:

- bei der Bezirkshauptmannschaft Bregenz, Abteilung II – Wirtschaft und Umweltschutz, Bahnhofstraße 41, 4. Stock, Zimmer Nr 426. Beteiligte können nach telefonischer Terminvereinbarung bis zum Tag vor der Verhandlung bei der Bezirkshauptmannschaft Bregenz in die Projektunterlagen einsehen.
- beim Marktgemeindeamt Lauterach während der Zeiten des Parteienverkehrs.

Eine Übermittlung der Projektunterlagen in digitaler Form unter Angabe der betreffenden Aktenzahl sowie Name und Telefonnummer ist per E-Mail unter bhbgrenz@vorarlberg.at möglich, sofern uns digitale Projektunterlagen zur Verfügung gestellt wurden. Bitte fragen Sie im betreffenden Fall nach.

Allfällige Stellungnahmen und Einwendungen:

Ob jemand Beteiligter oder Partei im Verfahren ist, ergibt sich aus § 8 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991 (AVG) und den anzuwendenden Gesetzen:

Im Verfahren nach der Gewerbeordnung 1994 (GewO 1994) haben neben dem Genehmigungsgeber die Nachbarn im Sinne des § 75 Abs 2 GewO 1994, daher jene Personen, die durch die Errichtung, den Bestand, den Betrieb oder die Änderung der Betriebsanlage gefährdet oder belästigt oder deren Eigentum oder sonstige dingliche Rechte gefährdet werden könnten, Parteistellung. Als Nachbar gelten nicht Personen, die sich vorübergehend in der Nähe der Betriebsanlage aufhalten und nicht im Sinne des vorherigen Satzes dinglich berechtigt sind. Als Nachbarn gelten jedoch die Inhaber von Einrichtungen (zB Beherbergungsbetriebe, Krankenanstalten, Heime), in denen sich regelmäßig Personen vorübergehend aufhalten, hinsichtlich des Schutzes dieser Personen und die Erhalter von Schulen hinsichtlich des Schutzes der Schüler, der Lehrer und der, sonst in Schulen, ständig beschäftigten Personen. Nach § 356 Abs 1 iVm § 74 Abs 2 Z 1, 2, 3 und 5 GewO 1994 müssen sich allfällige Einwendungen der Nachbarn zumindest auf einen der nachstehenden Punkte stützen:

- Gefährdung des Lebens, der Gesundheit, des Eigentums oder sonstiger dinglicher Rechte;
- Belästigung durch Geruch, Lärm, Rauch, Staub, Erschütterung oder in anderer Weise;
- Beeinträchtigung der Religionsausübung, des Unterrichtes, des Betriebs von Kranken- und Kuranstalten;
- Gefahr einer nachteiligen Einwirkung auf die Beschaffenheit der Gewässer.

Allfällige Einwendungen können von den Parteien des Verfahrens bis spätestens am Tag vor Beginn der Verhandlung während der Amtsstunden bei der Bezirkshauptmannschaft Bregenz oder während der Verhandlung vorgebracht werden. Werden von einer Partei keine Einwendungen erhoben, so hat dies gemäß § 42 AVG zur Folge, dass die betreffende Person ihre Parteistellung verliert.

Entsendung von Vertretern:

Beteiligte können alleine, in Begleitung eines Vertreters oder mit einer Person ihres Vertrauens zur Verhandlung kommen. Die Vertreter der beteiligten Privatpersonen haben schriftliche Vollmachten mitzubringen, die sie zur Abgabe vorbehaltloser Erklärungen ermächtigen.

Der Bezirkshauptmann
im Auftrag

Annette Sohler

Hinweis: Die Entfernung oder Beschädigung der Kundmachung vor dem Verhandlungstermin ist gemäß § 273 StGB verboten!